

RATHAUSREPORT

Antrag der LINKEN zur Bürgerbefragung über Hotelbau Mercure abgelehnt:

Werkstattverfahren zum Lustgarten negiert Bürgermeinung

Werkstattverfahren scheinen das Allheilmittel zu sein, erwünschten Zielen der Stadtentwicklung einen bürgernahen Anstrich zu geben. So jedenfalls offensichtlich bei der Planungswerkstatt zur Gestaltung des Lustgartens.

Bei jeder Gelegenheit, bei Fertigstellung des Landtagsbaus, bei der Auseinandersetzung um die Plattnerische Kunsthalle, bei der Diskussion um den Standort für die Weiße Flotte hatten die Stadtspitze und die Bauverwaltung das Mercure zur Disposition gestellt – sogar die Kosten berechnet von jeweils 10 Millionen Euro für Erwerb und Abriss eines Gebäudes, das ihr nicht einmal gehört. Damit hatte sie neben dem Aufwind für die bedingungslosen Fanatiker der „Historischen Mitte“ auch einen Sturm der Entrüstung über den offensichtlich ganz selbstverständlichen Abriss des Hotelgebäudes hervorgerufen.

Die wiederholte Forderung der LINKEN, die Potsdamerinnen und Potsdamer zu befragen, wie sie zu diesem Abriss stehen, um zu erfahren, welche Mehrheiten tatsächlich bestehen, wurde regelmäßig abgeschmettert.

Stattdessen beschloss die SVV-Mehrheit, im zweiten Halbjahr 2014 eine Planungswerkstatt zur Gestaltung des Lustgartens einzuleiten. Ergebnisoffen sollte sie sein, die Bürger sollten sich im Verfahren auf Veranstaltungen, mit Meinungsäußerungen online und im Infopunkt beteiligen. Ergebnis der beiden ersten Stufen sind nun sieben von beauftragten Pro-



Foto: Broschüre Planungswerkstatt im Dialog

jektbüros vorgeschlagene Varianten, bei denen der Hotelbau bereits verschwunden ist.

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN, eine repräsentative Bürgerbefragung in das Werkstattverfahren zu integrieren, denn der bisherige Verlauf sei mitnichten ein Musterbeispiel für Bürgerbeteiligung – wie es vom Oberbürgermeister gern behauptet wird –, denn obwohl sich jeweils mindestens der doppelte Anteil der Teilnehmer an den verschiedenen Formen der Mitwirkung explizit für den Erhalt des Mercure gegenüber dem Abriss ausgesprochen hatte, gibt es dieses Hotel in keinem der daraus entstandenen Projekte.

Die Statistik des federführenden Sanierungsträger Potsdam GmbH gibt Auskunft: Unter den 855 Meinungsäußerungen wurden 17,30 % angeführt, die explizit das Mercure erhalten wollen, 9 % wollen es beseitigen. Ohne weiteres könnte man die aufgelisteten 2,84 % zu den „Erhaltern“ addieren, die das Hotel verschönern wollen und die 8,06 %, die Geld für Wichtigeres

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, die wichtigste Entscheidung in dieser Plenarsitzung war für mich, dass die Stadtverordneten ohne den Umweg über die Ausschüsse einer Bürgerschaft der Stadt für die Finanzierung des Sport- und Freizeitbades am



Brauhausberg zugestimmt haben. Damit ist viel Zeit auf dem Weg zu der für Ende 2016 geplanten Eröffnung des Bades gewonnen worden. Wichtig war für uns auch der Auftrag an den Oberbürgermeister, die neue Verkehrsführung in der Neuendorfer Straße zu prüfen, um einen zügigen Verkehrsfluss zu erreichen. Diesem Antrag der LINKEN ist eine Mehrheit gefolgt. Weniger erfreulich war die Diskussion um unseren Antrag für eine Bürgerbefragung zum Lustgarten, insbesondere zum Hotel Mercure. Wieder einmal ging die bürgerliche Rathauskooperation in Abwehrhaltung, wobei insbesondere die SPD argumentierte, dass das Hotel sowieso nicht zur Disposition stünde. Darauf werden wir zurück kommen, wenn die Planungswerkstatt (Kosten: 530.000 Euro) im Herbst abgeschlossen sein wird.

Heftige Auseinandersetzung gab es auch um unseren Prüfauftrag zu einer möglichen Rücknahme des Karl-Liebknecht-Stadions in die Bewirtschaftung durch die Stadt. Leider wurde dieser Antrag zum Gegenstand eines parteipolitisch geprägten Schlagabtauschs. Nach unsachlichen Angriffen von den Anderen, der SPD und der CDU haben wir den Antrag zurückgezogen, da die von uns geforderte Verbesserung der Bedingungen für Babelsberg 03 und für Turbine offensichtlich nicht gewollt war. Der unerledigte Teil der Tagesordnung wird im März behandelt. Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Fahrplanwechsel – alle Jahre wieder der Aufreger

Der Fahrplanwechsel im Dezember 2014 hat nicht nur in Babelsberg Nord für Aufregung gesorgt. Von der neuen Taktfrequenz und der Linienführung sind vor allem ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Handicap und Studenten betroffen. Leider hat es der ViP versäumt, mit den Betroffenen im Vorfeld über die Pläne zu reden. Daher ist es nur allzu verständlich, dass der Aufschrei groß war. Hinzu kommt, dass die meisten Haltestellen weder eine Überdachung, die bei Regen Schutz bietet, noch über Sitzgelegenheiten bei längerer Wartezeit verfügen; von fehlenden elektronischen Anzeigen, die vielerorts Standard sind, ganz zu schweigen. Für die Fraktion DIE LINKE hatte ich nach Bekanntwerden der Beschwerden einen entsprechenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung formuliert. Im Vorfeld hatte ich mir einen Überblick über Beschwerden und Zustimmungen zu den Fahrplanänderungen verschafft. Von Seiten der Geschäftsführung wurde mir versichert, dass jeder Beschwerde nachgegangen wird. Am 28.01. 2015 wurde unser Antrag, neben einem weiteren Antrag zum gleichen Thema, in der SVV mit großer Mehrheit angenommen; ein weiterer Antrag wurde zur Beratung in der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen.

Nun ist uns allen klar, dass Fahrpläne mit dem VBB angestimmt und von ihm genehmigt werden müssen. Wir LINKEN bleiben an dem Thema dran, bitten die Betroffenen jedoch um Geduld.



Herzlichst Ihre
Birgit Müller
Vorsitzende SSV

(Fortsetzung von Seite 1)

ausgeben wollen und die 1,66 %, die die Debatte um das Hotel als finanz- und eigentumsrechtlichen Unsinn bezeichnen. Das sind 29,86 % zusammen. Dass 11,6 % zudem das Verfahren überhaupt kritisieren und 5,1 % die Möglichkeit nutzen, Kritik an Stadt und Politik üben, verschärft den Eindruck nur, dass die sieben Projekte, in denen nicht ein einziges, den bestehenden Hotelbau einbezieht, nicht die Beteiligungsergebnisse widerspiegeln.

Hans-Jürgen Scharfenberg schlussfolgerte in der Diskussion, dass das Hotel Mercure durch das Werkstattverfahren nunmehr zum

Radweg Schlaatz – Stern

Der Kämmerer Burkhard Exner beantwortete die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem Baubeginn für den Radweg zwischen den Wohngebieten Schlaatz und Stern. Exner konnte allerdings nur berichten, dass die Grundstücke im Verlauf des Radweges erworben wurden. Mit dem Bau sei 2016 zu rechnen. Auf die Nachfrage von Scharfenberg, warum der Bau nicht in diesem Jahr beginnen könne, da er ja schon seit der BUGA 2001 und spätestens seit 2010 mit SVV-Beschluss schon überfällig sei, blieb er die Antwort schuldig.

Sanierung Neuendorfer Straße

Nachdem im vorigen Jahr der erste Abschnitt der Neuendorfer Straße saniert worden ist, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen, wann mit der Sanierung des zweiten Abschnitts begonnen wird.

Burkhard Exner erklärte, dass die Sanierung schrittweise fortgesetzt werde. Die Stadt allerdings keine investiven und Fördermittel verwenden könne. Daher könne dies nur aus den Mitteln für Instandhaltung geschehen. Beide Rampen zur Nuthestraße übernehme die Stadt. Zu bedenken ist auch, dass Beitragsverfahren für die Anlieger einzuleiten sind. Für Schallschutz sei die Stadt nicht zuständig, antwortete er auf die Nachfrage von Scharfenberg.

Einnahmen aus Filmaufnahmen

Birgit Müller hatte eine Antwort aus einer Kleinen Anfrage aufgegriffen, dass die Stadt im Zusammenhang mit den Dreharbeiten an/auf der Glienicker Brücke eine Gebühr in Höhe von 838,45 Euro eingenommen hat. Woraus sind die Gebühren entstanden. Burkhard Exner erklärte, dass die wesentlichen Gebühren zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin erhoben wurden. Die Stadt habe nur die genannte Summe als Gebühr für die „verkehrsbehördliche Anordnung“ erhoben. Birgit Müller schlussfolgerte, dass die schon alte Straßennutzungsgebührensatzung überarbeitet werden muss. Es sei nicht gerecht, dass Kulturträger der Stadt hohe Gebühren bezahlen und eine Filmproduktion für tagelange Nutzung des Verkehrsraumes nur so wenig bezahlt. Der Oberbürgermeister mahnte, den Imagegewinn und die Werbung für Potsdam als Filmstandort nicht zu vergessen.

Gegenstand der Stadtentwicklung gemacht wurde. Darüber sollen die Potsdamerinnen und Potsdamer in einer repräsentativen Befragung entscheiden. Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Rathauskooperation abgelehnt.

Von Irritationen für die Bevölkerung hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Mike Schubert gesprochen, da das Werkstattverfahren Visionen voraussetze, die zur Zeit nicht auf der Tagesordnung stünden. Dass man dafür allerdings in der komplizierten finanziellen Situation der Stadt in der Gegenwart eine halbe Million Euro ausgibt, ist dann allerdings nicht zu begreifen. rd

Gesundheitskonferenz Potsdam

Um auch künftig eine gute gesundheitliche Versorgung in der Landeshauptstadt zu gewährleisten, ist eine sektorenübergreifende Vernetzung von Angeboten und Kooperation von Leistungsträgern notwendig. Geschlossene Versorgungsketten für die Patientinnen und Patienten – von ambulanter und stationärer Versorgung bis hin zur Rehabilitation und häuslicher Pflege – sollen entwickelt werden. Anita Tack fragte, welche Aktivitäten es für eine Gesundheitskonferenz in Potsdam gebe. Elona Müller-Preinesberger führte dazu aus, dass es in Potsdam bereits verschiedene Angebote gebe: den Potsdamer Gesundheitsring, Älter werden in Potsdam, Gesunde Kinder usw. Seit 2013 gebe es auch die Abstimmung lokaler Pflegestrukturen und Bedarfe.

Biosphäre Potsdam

Die Landesregierung habe kürzlich ihr hohes Interesse an einer dauerhaften wirtschaftlich tragfähigen Nutzung des Gebäudes der Biosphäre bekundet und gleichzeitig darauf verwiesen, dass sie in die Arbeitsgruppe nicht einbezogen werden sei. Anita Tack wollte wissen, was inzwischen unternommen wurde, um mit Unterstützung der Landesregierung eine nachhaltige Lösung zu erreichen. Burkhard Exner verwies auf die im Hauptausschuss vorgestellten Optionen, die mit der Landesregierung abgestimmt werden. Die Umnutzung in eine soziale Einrichtung (Kita, Jugend- und Senioren) oder Schule (mit Sporthalle und Jugendfreizeit) sei am wahrscheinlichsten.

Kunstpreis der Landeshauptstadt

Die Stadt wird 2015 gemäß SVV-Beschluss erstmalig einen Kunstpreis für Bildende Künstler aus. Dazu wurde eine Arbeitsgemeinschaft Kunstpreis einberufen. Zu welchen Ergebnissen hinsichtlich der Ausrichtung, Terminen und Höhe des Preisgeldes ist die Arbeitsgemeinschaft gekommen, fragte Dr. Karin Schröter.

Iris Jana Magdowski berichtete über das Artist-in-Residence-Programm das sich auf die Zielrichtung von Kuratoren verständigt habe. Da Karin Schröter mit dieser Auskunft zu einem Kunstpreis der Stadt nicht zufrieden war, werde die Beigeordnete im Kulturausschuss Mitte Februar berichten.

Zurück in den Ausschuss

Auslegungsbeschluss zum „Glienicke Winkel“

Erneut im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr soll der Auslegungsbeschluss zum Bauplan Nr. 122-1 „Glienicke Winkel“ behandelt werden. Ralf Jäkel beantragte den Antrag der LINKEN, dass „der Plan ... mit einer einreihigen Bebauung südlich der Hermann-Maaß-Straße und der dauerhaften Festsetzung aller übrigen Flächen für kleingärtnerische Nutzung zu erstellen“ ist. Demnach würden nur drei Baugrundstücke ausgewiesen. Die SPD hatte eine Vorlage eingebracht, die sieben Baugrundstücke ausgewiesen hätte.

Beschlossen

Erhalt des Bürgertreffs in Eiche

Der Bürgertreff in Eiche steht durch die Kündigung des Mietvertrages zur Disposition, da er als Ausweichquartier für eine Kindereinrichtung des Vereins Oberlinhaus dienen soll. Da es aber andere Möglichkeiten gebe und der Bürgertreff sich zu einem Zentrum eines regen Gemeindelebens im Ortsteil entwickelt hat, beschlossen die Stadtverordneten mehrheitlich, dass der Oberbürgermeister den Erhalt des Bürgertreffs unterstützen soll.

Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH

Die Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH stehen im Widerspruch zu den Transparenz- und Compliance-Regelungen der Landeshauptstadt. Er sei immer noch Geschäftsführer einer eigenen Firma und zudem Bereichsleiter beim Olympiastützpunkt. Diese Nebentätigkeiten seien mit seinem Hauptamt als Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH unvereinbar, stellte Hans-Jürgen Scharfenberg in der Antragsbegründung fest. Der Hauptausschuss hatte bereits vorgeschlagen, den Antrag als erledigt zu betrachten. Aber trotz Zusage der Abmeldung seiner Firma stehe er aktuell noch immer als Geschäftsführer im Handelsregister. Dies sei abschließend zu klären. Die Stadtverordneten folgten mehrheitlich dem Antrag der LINKEN.

Atelierprogramm

Die LINKE möchte Bildenden Künstlerinnen und Künstlern in der Landeshauptstadt bessere Arbeitsbedingungen bieten. Dazu formulierte sie einen Antrag, in dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, im März einen Vorschlag vorzulegen, wie Bildenden Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht wird, sich in Potsdam anzusiedeln bzw. zu bleiben. Die ursprüngliche Forderung, die Dr. Karin Schröter in der Antragsbegründung vortrug, dazu einen Förderpool bei der Wirtschaftsförderung einzurichten, war schon vom Ausschuss für Kultur und Wissenschaft aus dem Antrag gestrichen worden, so dass der Auftrag für ein Atelierprogramm nun ohne finanzielle Folgerungen beschlossen wurde. Der nächste Schritt ist für die Linksfraktion die finanzielle Ausgestaltung.

Finanzielle Bürgerbeteiligung

Im Juli 2015 soll der Oberbürgermeister einen Prüfbericht vorlegen, inwieweit bundesweit bewährte Modelle für eine finanziellen Bürgerbeteiligung an kommunalen Einrichtungen auf Potsdam angewandt werden können. Der Antrag der LINKEN wurde beschlossen.

Schriftplastik ans Bildungsforum

Die Schriftplastik „Transparente Weltkugel“, die einst an der Stadt- und Landesbibliothek stand, soll wieder zurückkehren. So der Antrag der LINKEN, die das Kunstwerk von Günter Junge/Christian Roehl/Ulrich Dalichow (1977), in dem die Zitate aus der marxischen elften Feuerbachthese „Die Philosophen haben die

Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt darauf an, sie zu verändern.“ und aus Goethes Faust II „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis“ vereint sind, wieder in räumliche Beziehung zum Wissenspeicher der Stadt stellen will. Nachdem der Beirat für Kunst im öffentlichen Raum bereits einen Standort vor dem Oberstufenzentrum vorgeschlagen hatte und die baulichen Voraussetzungen von der Stadt getroffen worden sind, soll nun lediglich ein Standort „im innerstädtischen Raum“ gefunden werden. Diese Modifizierung hatte die Fraktion der B90/Grünen in einem Änderungsantrag eingebracht.

Verkehrsführung Neuendorfer Str.

Die Sanierung der Neuendorfer Straße war auf Initiative der LINKEN im vorigen Jahr begonnen worden. Dadurch werde ein langjähriges Ärgernis beseitigt, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. Seit im September 2014 der 1. Abschnitt der sanierten Neuendorfer Straße freigegeben wurde, habe sich der Verkehrsfluss zwischen Großbeerenstraße und Auffahrt zur Nuthe-Schnellstraße aber verändert. Dazu trage unter anderem die Linksabbiegespur aus Richtung Großbeerenstraße in die Galileistraße bei, die kaum genutzt wird, während die Geradeauspur überfüllt ist. Die derzeitige Verkehrsführung soll überprüft werden, beschlossen die Stadtverordneten nach dem Antrag der LINKEN.

ÖPNV Babelsberg Nord

Babelsberg Nord soll bis spätestens zum nächsten Fahrplanwechsel wieder mit einem 20-Minuten-Takt an den ÖPNV angeschlossen werden. Diesen Antrag der LINKEN brachte Michel Berlin vor, gestützt von einer aufrüttelnden Ansprache von Dr. Gabriele Herzel, die für die Volkssolidarität Rederecht zum Thema erhalten hatte. Geprüft werden soll auch die Ausstattung der Haltestellen in Babelsberg Nord mit Unterständen, Sitzgelegenheiten und elektronischen Anzeigen.

Zurückgezogen

Trägerschaft für das Karl-Liebke-Stadion

„Was wir nicht wollen“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg in der Antragsbegründung zuerst: „Wir wollen die großen Anstrengungen von Babelsberg 03 nicht in Abrede stellen.“

Doch es kam genauso wie befürchtet. Die LINKE hatte mit ihrem Antrag beabsichtigt, dass das Konstrukt von Eigentums-, Förderungs- und Nutzungsverhältnissen zwischen der Stadt und den Vereinen Babelsberg 03 und Turbine Potsdam einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen wird, damit solche Situationen wie derzeit ausgeschlossen werden. Dabei sollten unbedingt die Vereine einbezogen werden.

Als sich in der Diskussion allerdings abzeichnete, dass die Prüfung der Trägerschaft des „Karli“ als Kritik an den Vereinen missverstanden werden sollte, zog Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag zurück.

LINKE lehnt Hebesätze ab

Die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer auf Immobilien und Grundstücke von 520 auf 545 Prozent wurde mit der Mehrheit der Rathauskooperation beschlossen. Die LINKE stimmte dagegen, weil die Erhöhung sich nicht nur auf die Eigentümer, sondern auch auf die Mieten aller Potsdamerinnen und Potsdamer auswirkt. „Wir sollten alles tun, um die Steigerungen der Mieten zu verhindern“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Abgelehnt

Kein städtisches Geld für Medienkongress M 100

Andere kulturelle Projekte brauchen das Geld dringender, forderte Sascha Krämer, als er den Antrag der LINKEN einbrachte, dass der jährliche Medienkongress M 100 nicht mehr von der Stadt gefördert werden soll.

„71.500 Euro – was könnte man alles damit fördern?“, fragte Krämer. Die „Leuchtturm-Veranstaltung der Landeshauptstadt“ sei ein Ereignis „größter nationaler und internationaler Strahlkraft“ wie es heißt. „Aber was nützt dieser Glanz hinter verschlossenen Türen. Wenn er mit städtischen Geldern finanziert wird, ist er für alle, die sich ehrenamtlich mit ihren unterfinanzierten Projekten für die Stadt engagieren, um so ärgerlicher.“ Dass der Medienkongress nicht angewiesen ist auf öffentliches Geld, belegen die derzeitigen Sponsoren wie Google, Samsung, webXells, BMW. Oberbürgermeister Jann Jakobs teilte auf Nachfrage mit, dass das Gesamtbudget für den Medienkongress etwa 300.000 Euro betrage. Der Ausrichter dieser Veranstaltung müsse sich auch finanziell beteiligen, begründete er. Mit der Veranstaltung werde Potsdam auch als Medienstandort international wahrgenommen. Dem internationalen Ruf Potsdams würde ein Ausstieg aus der städtischen Förderung keinen Abbruch tun, entgegnete Sascha Krämer. „Die Stadt wird weiterhin durch Film, Sport, Forschung und Kultur gut, auch auf internationalem Parkett, vertreten sein.“

Für den Antrag der LINKEN stimmten 22 Stadtverordnete. Da genauso viel dagegen stimmten, erreichte er keine Mehrheit.

„Nette Toilette“

Da der Finanz- und der Hauptausschuss den Antrag bereits abgelehnt hatten, kam Jana Schulze bei ihrer Antragseinbringung zu dem Schluss, dass offensichtlich nicht bekannt ist, dass ein großer Bedarf an öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet, vor allem im Innenstadtbereich, besteht, der sich nicht mit dem Selbstverständnis als touristenfreundlichen Stadt vereinbart. Mit dem Antrag sollten Gastronomen und Einzelhändler gewonnen werden, ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dafür erhielten sie Zuschüsse von der Stadt für die Reinigung, gegebenenfalls für Umbauten, Ausstattung und Unterhalt. Auch von der Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.



**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn
jeweils 18 Uhr
09., 16., und 23. Februar; 02., 09.
und 16. März 2015

**8. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung**

Stadthaus, Plenarsaal
04. März 2015, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen
„Rathausreport live“**

08. März 2015, Beginn 10 Uhr
Kino-Café Konsum (am Thalia
Kino), Rudolf-Breitscheid-Straße
50 in Babelsberg

**08. März 2015, Beginn 10 Uhr
Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 1/2014**

Stadthaus, Raum 3.107
13. bis 18. März 2015 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen

13. und 14. März 2015
Ausgabe des „Rathausreport“ an
den Info-Ständen

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-
Jürgen Scharfenberg (Mdl) und
Fraktionsvorsitzender**

Am 12.2.2015, 16.30–17.30 Uhr im
Bürgerbüro, Galileistraße 37/39,
Bürgerhaus Stern*Zeichen. Vor-
anmeldungen sind möglich un-
ter: Telefon: 0331-6005069 oder
Mail:

buero.scharfenberg@gmx.de

Verjüngungskur im „Haus der unbegrenzten Möglichkeiten“



Die Besucher beim ersten Rathausreport live der LINKEN in diesem Jahr sind zu Gast in einem Jugendklub mit neuem Antlitz: Hatte man noch ein Jahr zuvor über die bevorstehenden Modernisierungen des Klubhauses geredet, so ist ein Großteil inzwischen Wirklichkeit geworden. Der „Club 91“ hat sich von seiner kläglichen Außenansicht verabschiedet und eine neue Hülle bekommen. Rundherum wurde die Fassade erneuert, die Außenwände mit einer dicken Dämmschicht versehen, neue Fenster eingebaut. „Jetzt sind noch die Sanitäranlagen dran, und dann wird gemalert“, sagt Peter Neumann vom Club. „Wenn alles fertig ist – ich schätze im März/April laden wir alle ein, mit uns zu feiern.“

Dr. Karin Schröter, die dieses Mal den Polit-Frühschoppen moderiert, verweist auch auf die Verdienste ihrer Fraktion an der Verjüngungskur des Jugendklubs, für die sich die LINKE eingesetzt hatte, da dieses Jugend-Freizeitzentrum in Potsdam West unbedingt gebraucht werde. Auch sei es gelungen, die drohende Personalreduzierung abzuwenden. Peter Neumann, Saskia Rudolph und Jan Pawlowski können sich nun weiterhin um das „Haus der unbegrenzten Möglichkeiten“, wie sie ihren Club 91 im Selbstverständnis nennen, kümmern. Und natürlich um die zahlreichen Jugendlichen, die täglich (außer Mittwoch und Sonntag). „Wir sind ein sportorientierter Jugendklub“, sagt Peter Neumann. Im Klub stehen ein Fitnessraum, Tischtennisplatte Kicker und Billardtisch zur Verfügung. Draußen ist ein Beach-Volleyballfeld. Und drinnen kann man gern auch beim Kochen, Basteln oder Spielen beisammen sein. Oder eben die Sporthallezeiten nutzen, die der Verein gebunden hat, oder

zusammen rausgehen in die Sportvereine, zu Hertha, nach Jena fahren oder ein paar Trainingszeiten im Sauerland Boxstall beim Assistententrainer von Uli Wegner absolvieren und vielleicht Arthur Abraham treffen. Ein Haus der unbegrenzten Möglichkeiten eben.

Karin Schröter informierte über die wesentlichen Anträge und Standpunkte der LINKEN, die in der Berichterstattung der Medien nur „sehr selektiv“ zu lesen sind. So zum Beispiel, dass die LINKE die Erhöhung der Grundsteuer nicht mit beschlossen habe. Der Antrag der LINKEN, eine Bürgerbefragung zur Zukunft des Hotel Mercure durchzuführen, weil die sieben Projektvorschläge für die Gestaltung des Lustgartens das Hotelgebäude sämtlich negieren, sei abgelehnt worden (§.5.1). Das stieß auch bei den Anwesenden auf Missbilligung. Man solle das Hotel „Moulin Rouge“ nennen, schlug einer ironisch vor – die „Rote Mühle“, in Anbetracht dessen, dass sich allein die LINKE (und die ANDERE) für den Erhalt einsetze. Und in Potsdam hat schon einmal ein Müller den Standort seiner Mühle neben dem Schloss behauptet.

Zum größten Vorhaben in Potsdam West, der „Westkurve“, war eigentlich der KIS-Werkleiter Bernd Richter eingeladen. Er hatte sich kurzfristig entschuldigen, aber ausrichten lassen, dass die Sanierungs- und Bauarbeiten an der Westkurve endlich auf einem guten Weg seien. Es seien noch Eigentumsfragen für das Zugangskonzept zur Sport- und Freizeitanlage zu klären. Man sei aber kurz vor dem Vertragsunterzeichnung. Die Investitionsmittel stünden schon seit vorigem Jahr bereit, sagte Karin Schröter. rd

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam